

KURZBESPRECHUNGEN

AMNESTY INTERNATIONAL

Politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland

2. Auflage. Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1977. 366 S. DM 8,80.

AMNESTY INTERNATIONAL

Bewährungsprobe für ein Grundrecht.

Mit Beiträgen von Otto Deutsch, Otto Kimminich, Göran Melander, Reinhard Marx, Regina Heine. Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1978. 507 S. DM 11,80.

Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes bestimmt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Davon wollten 1970 noch 8645 Personen Gebrauch machen; 1976 waren es 11 125 und 1977 bereits 16 410. Statt der ursprünglich dominierenden Ostblock-Flüchtlinge (1970: 85,5 %), bilden das Gros heute die Asylbewerber aus der Dritten Welt (Anteil 1976: 60,6 %; 1977: 64,7 %). Vor allem diese Veränderung der Flüchtlingsstruktur, ganz abgesehen von der quantitativen Dimension, stellt die Asylpraxis der Bundesrepublik vor wachsende Probleme. Ihrer Darstellung und kritischen Durchleuchtung widmen sich die beiden Publikationen von ai mit dem gewohnten menschenrechtlichen Engagement. Neben einem gediegenen Überblick über die Geschichte des Asylrechts aus der Feder von Kimminich finden sich – exakt dokumentiert und juristisch wie statistisch sorgfältig unterfüttert – beachtliche Plädoyers für jene „Generosität“ (Carlo Schmid), die dem Parlamentarischen Rat seinerzeit bei der Normierung des Asyl-Grundrechts 1948 als Praxis-Maxime vorgeschwebt hat. Der Leser indes sollte eines im Auge behalten: Das Privileg jedes Plädierenden ist es, nur der eigenen Position verpflichtet zu sein. Zur flankierenden Lektüre unbedingt empfohlen sei daher, was den Bundesgesetzgeber letztthin bewogen hat, mit dem Beschleunigungsgesetz vom 25. Juli 1978¹ das Asylverfahren im Interesse unabdingbarer Mißbrauchsabwehr drastisch zu reformieren.²

Karl Hernekamp

VON MICHAEL FREMEREY

Studenten und Politik in Indonesien

Eine Analyse zur Rolle der jungen indonesischen Intelligenz im politischen Prozeß. Arnold-Bergstraesser-Institut: Materialien zu Entwicklung und Politik, Nr. 17, Weltforum Verlag, München, 1978.

Die vorliegende Untersuchung reiht sich ein in den Kreis der Studien, die die politische Rolle der Studenten in den Ländern der Dritten Welt zum Gegenstand hat.

Ausgangspunkt ist die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die indonesische Studentenschaft den Anspruch eines politischen Korrektivs erfüllen kann. Als notwendige Voraussetzung dieser Funktion postuliert der Verfasser das Vorhandensein von folgenden politischen Einstellungsmerkmalen: politisches Interesse; die kritische Anteilnahme am politischen Geschehen; das Gefühl der politischen Kompetenz; die Bereitschaft, abweichende po-

¹ Bundesgesetzblatt 1978 I, S. 1108.

² Vgl. Bundestags-Drucksachen 8/1719; 8/1836; 8/1936.

litische Meinungen offen zu vertreten (S. 4). Nach einer Untersuchung der äußeren Rahmenbedingungen (Hochschulwesen, politischer Prozeß, politische Kultur), Kap. I, die auch die Prinzipien des Systems der Neuen Ordnung in Indonesien behandelt (29–34), gibt der Verfasser einen Überblick über die bisherigen Studentenbewegungen in der jungen indonesischen Geschichte (Kap. II). Hauptteil der vorliegenden Untersuchung ist jedoch eine Analyse der politischen Einstellungen unter den Studenten sowie des Einflusses der sozio-demographischen Merkmale auf diese Einstellungen (Kap. III). Zielgruppe der in den Jahren 1971 und 1972 durchgeführten Befragung waren die Studenten der Hochschulen Jakarta, Jogjakarta und Bandung. Das mittels eines Fragebogens (S. 179) erhobene Datenmaterial erstreckt sich nicht auf die Variable „politisches Verhalten der Studenten“, da der Verfasser angesichts der derzeitigen politischen Situation in Indonesien die Untersuchung dann gefährdet sah (S. 44). Im Anschluß an eine Zusammenfassung der Befragungsergebnisse (S. 131) erstellt der Verfasser mit Hilfe der Cluster-Analyse Einstellungsprofile in der Studentenschaft (S. 134). Die Messung der Befragungsergebnisse an den eingangs postulierten Einstellungsmerkmalen führt den Verfasser zu dem Schluß, daß die indonesische Studentenschaft den Anspruch des politischen Korrektivs zur Zeit nicht erfüllt (S. 159).

Ulrich Rausch

ILO

Poverty and Landlessness in Rural Asia

Geneva 1977, 288 S.

In dieser Edition wird hervorragendes Material zur These der strukturellen Heterogenität zusammengetragen, d. h. zu dem Postulat, daß trotz (z. T. beachtlichen) Wachstums der Agrarproduktion nicht nur die Ungleichheit in der ländlichen Gesellschaft verschärft wird, sondern die Armutgruppen meist auch absolut ärmer geworden sind. Der Band versammelt Fallstudien über Pakistan (S. M. Naseem), Bangladesh und die Philippinen (A. R. Khan), Sri Lanka und West Malaysia (E. H. L. Lee), Java (I. Palmer) und über die indischen Bundesstaaten Punjab (J. Rajaraman), Uttar Pradesh und Bihar (R. Nayyar) sowie Tamil Nadu (C. T. Kurien). Einleitend werden in einem zusammenfassenden Essay auch die Ursachen für die Verschärfung der Situation für die Landarmut untersucht. Der ungleichmäßige Zugang zu den Produktionsmitteln, insbesondere dem Land, und, damit zusammenhängend, der unzureichenden Ausnutzung vorhandener Ressourcen (Arbeitskraft, Land, Kapital) sowie der Bias zu kapitalintensiven Investitionen, werden dabei an erster Stelle herausgearbeitet. Der Band wird durch einen (alternativen) Beitrag über die Stratifizierung der ländlichen Einkommen in der VR China abgeschlossen (von A. R. Khan). In ihm wird – auf einer allerdings wesentlich schlechteren Datenbasis als in den anderen Länderbeiträgen – deutlich gemacht, in welcher Weise durch die Landreform hier die ländlichen Einkommen egalisiert worden sind, welche beträchtlichen, wenn auch im Vergleich zum vorrevolutionären China und den anderen untersuchten Ländern geringen, Einkommensunterschiede auch danach noch bestanden und durch welche (z. T. erfolglosen) Maßnahmen versucht wurde, diese weiter einzuebnen. Für den Nicht-Marxisten mögen Einkommensunterschiede an sich noch nicht bedenklich sein, würden sie nicht, wie in den hier untersuchten peripher-kapitalistischen Ländern, mit einer absoluten Armut verbunden sein, die großen Bevölkerungsgruppen den Konsum der Grundbedürfnisse verwehren würde (d. h. bei allgemein relativ hohen Einkommen aller Bevölkerungsgruppen könnten auch erhebliche Einkommensunterschiede tragbar sein). Trotz allgemein offenbar geringer Einkommenshöhe in der VR China, scheint dort die Deckung der menschlichen Grundbedürfnisse – nach Khan – gewährleistet zu sein.